Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

17. WP - 43. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. März 2012, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Astrid Damerow (CDU)	i.V. von Dr. Christian von Boetticher
Hauke Göttisch (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	
Rolf Fischer (SPD)	
Anette Langner (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	
Jens-Uwe Dankert (FDP)	
Kirstin Funke (FDP)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	i.V. von Anke Spoorendonk

Weitere Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)
Dr. Jörg Nickel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Positionierung der Landesregierung zu den Schwerpunkten des Arbeitsprogramms der Europäischen Union	5
hierzu: Umdruck 17/3403	
2. Bericht aus dem AdR	7
3. Europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie	9
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck 17/2973	
hierzu: Umdruck 17/3114	
4. Gespräch mit Vertreterinnen der Nordelbischen Kirche	10
5. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	12
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW Drucksache 17/2358	
6. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	13
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW Drucksache 17/2359	
7. Für ein starkes europäisches Datenschutzrecht	14
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (selbstständig) Drucksache 17/2391	
8. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	15
Umdruck 17/3886	
9. Erhalt des Ansatzes „Kultursprache und gegenseitiges Verständnis“ im neuen INTERREG-A-Programm für die Region Sønderjylland-Schleswig nach 2013	16
Antrag der Fraktionen von SSW und SPD Drucksache 17/2283 (neu)	

- 10. a) Europäisches Jahr zum aktiven Altern** **17**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/2061](#)
- b) Europäische Bürgerbeteiligung**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/2062](#)
- 11. 20 Jahre Ostseerat - eine Erfolgsgeschichte für Schleswig-Holstein** **18**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/2275](#)
- 20 Jahre Ostseerat - neue Perspektiven für eine schleswig-holsteinische Ostseepolitik**
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/2312](#)
- 12. Verschiedenes** **19**

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1860](#) Nr. 1, den Antrag der Fraktion des SSW betr. Weltkulturerbe „Sprachenvielfalt der Nordseeregion“, [Drucksache 17/2051](#), und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Bericht über die aktuelle Situation des ECMI, [Umdruck 17/3847](#), in einer seiner nächsten Sitzungen zu beraten.

Des Weiteren kommt der Ausschuss überein, den Antrag der Fraktionen von SSW und SPD betr. Erhalt des Ansatzes „Kultur, Sprache und gegenseitiges Verständnis“ im neuen INTERREG-A-Programm für die Region Sønderjylland-Schleswig nach 2013, [Drucksache 17/2883](#) (neu), den Antrag der Fraktion der SPD betr. Europäisches Jahr zum aktiven Altern, [Drucksache 17/2061](#), den Antrag der Fraktion der SPD betr. Europäische Bürgerbeteiligung, [Drucksache 17/2062](#), sowie den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betr. 20 Jahre Ostseerat - eine Erfolgsgeschichte für Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/2275](#), und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/2312](#), als ordentliche Tagesordnungspunkte in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die Tagesordnung wird in der so geänderten Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Positionierung der Landesregierung zu den Schwerpunkten des Arbeitsprogramms der Europäischen Union

hierzu: [Umdruck 17/3403](#)

St Maurus führt in das Arbeitsprogramm der Europäischen Union ein. Aus landespolitischer Sicht würden keine neuen Schwerpunkte gesetzt, die nicht ohnehin bereits beobachtet würden oder über laufende Initiativen hinausgingen. Die Landesregierung werte das Arbeitsprogramm jährlich aus und identifiziere für die Landespolitik wichtige Maßnahmen. Auch die Maßnahmen der Kommission, die sich nicht von der Landesregierung in der dem Landtag zur Verfügung gestellten Liste fänden, würden dennoch analysiert, ausgewertet und bearbeitet. Das Arbeitsprogramm dürfe nicht isoliert, sondern müsse in Verbindung mit anderen Programmen, zum Beispiel dem Nationalen Reformprogramm 2012, betrachtet werden.

Aus der dem Europaausschuss zugeleiteten Liste, [Umdruck 17/3403](#), gingen die wichtigsten Initiativen hervor, die von Interesse für alle norddeutschen Länder seien. Für Schleswig-Holstein zusätzlich von Bedeutung sei die Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung, die Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für die Breitbandnetze, öffentliche Finanzen in der WWU 2012, das Grünbuch zur Umstrukturierung und wirtschaftlichen Anpassung, der Energiebinnenmarkt, Kohlenstoffbindung und -speicherung, das Paket zur Europäischen Nachbarschaftspolitik und östlichen Partnerschaft, die Festlegung eines Rahmens für die maritime Raumplanung und das „blaue Wachstum“, ein von den Küsten und Meeren ausgehendes nachhaltiges Wachstum. Die zuständigen Ressorts könnten dazu im Detail berichten.

Zum Nationalen Reformprogramm (NRP) 2012 führt St Maurus aus, dass die von den EU-Mitgliedstaaten jährlich aufgestellten Nationalen Reformprogramme aufzeigen sollten, wie die EU-2020-Strategie von den Mitgliedstaaten umgesetzt werde. Das deutsche Nationale Reformprogramm werde von der Bundesregierung erstellt, die Fachministerkonferenzen würden seit 2010 die entsprechenden Länderbeiträge erstellen. Für das Jahr 2012 sei das Nationale Reformprogramm in einem kurzen Zeitraum erstellt worden. Voraussichtlich am 30. März 2012 werde es verabschiedet; sobald es dem Bundesrat zugeleitet werde, werde es auch dem Europaausschuss zur Verfügung gestellt (Unterrichtung 17/106).

St Maurus regt an, sich anhand des NRPs noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt zu den darin vorhandenen Schwerpunkten zu äußern.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht aus dem AdR

Abg. Herbst berichtet über die Arbeit des Ausschusses der Regionen (AdR) und die Wahrnehmung seines Mandats in der laufenden Legislaturperiode. Der AdR sei stark wie ein Parlament organisiert, es gebe jedoch auch signifikante Unterschiede. Insgesamt beschäftige sich der AdR mit einer Fülle von Themen, was manchmal zu Schwierigkeiten führe. Positiv anzumerken sei, dass die beim AdR beschäftigten Mitarbeiter sowie geladene Gäste und Sachverständige sehr kompetent seien und die vorliegenden Dokumente eine hohe Qualität aufwiesen. Als gering schätze er jedoch die Möglichkeit ein, den AdR in Subsidiaritätsverfahren zu nutzen, weil auch dieser an Fristen gebunden sei. Als Beispiel nennt Abg. Herbst die Befassung des AdR mit der Energieeffizienzrichtlinie. In diesem Zusammenhang habe auch der AdR Probleme bei der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips gesehen und im Hinblick auf die jährliche Gebäuderenovierungsquote von 3 % ähnlich wie der Landtag entschieden. Auch mit der Reform der Strukturfonds habe sich der AdR eingehend beschäftigt und festgestellt, dass die derzeit vorgeschlagenen Mittel das absolute Minimum darstellten.

Der AdR habe betont, dass er jede Form der makroökonomischen Konditionalität ablehne. Deutschland habe sich in diesem Punkt nicht durchsetzen können. Es sei vom AdR auch empfohlen worden, Übergangsgebiete einzuführen. Zudem seien zusätzlich die Entwicklung des ländlichen Raums und Direktzahlungen thematisiert worden. Der AdR spreche sich dafür aus, nationale Beiträge durch EU-Eigenmittel zu ersetzen und eine Finanztransaktionsteuer zur Finanzierung einzuführen. Auch das Thema Multi Level Governance sei behandelt worden. Zukünftig solle eine Messung des Funktionierens der Multi Level Governance eingeführt werden. Dies sei ein mögliches Thema für den Europaausschuss in der kommenden Legislaturperiode.

Mit großer Mehrheit habe sich der AdR dafür ausgesprochen, eine Finanztransaktionsteuer einzuführen. Bedenken seien aus Irland, Großbritannien und Frankfurt geäußert worden. Der AdR habe im Zusammenhang mit den Europe-Direct-Informationszentren gefordert, die Mittel dafür keinesfalls zu kürzen, sondern stattdessen zu erhöhen. Die Arbeit der Informationszentren sei sehr gelobt worden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zum Subsidiaritätsnetzwerk betont Abg. Herbst, dass es unwahrscheinlich sei, dass der AdR Stellungnahmen zur Verfügung stellen werde, bevor sich

der Europaausschuss des Landtags für oder gegen eine Subsidiaritätsrüge entscheiden müsse. Den AdR im Verfahren der Subsidiaritätsklage zu nutzen, sei wenig realistisch, stattdessen müssten die Mittel und Wege des Landtags genutzt werden, zum Beispiel müsse die Möglichkeit eines Weisungsrechts erwogen werden. Sehr gut seien die Informationen, die im AdR zur Verfügung gestellt würden, auch sei die Wertschätzung, die dem AdR entgegengebracht werde, formell sehr hoch.

Auf eine Frage der Abg. Pauls führt Abg. Herbst aus, dass es fünf bis sechs Plenartagungen und fünf bis sechs Fachkommissionstagungen pro Jahr gebe, an denen er, soweit möglich, teilnehme, hinzu kämen jährlich zwei Fraktionssitzungen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zu den verschiedenen informellen Kommissionen erläutert Abg. Herbst, dass aus seiner Sicht zum Beispiel die Nordseekommission sehr gute Arbeit leiste. Er könne aber nicht für alle Kommissionen sprechen, die es in dieser Art gebe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Umdruck 17/2973](#)

hierzu: [Umdruck 17/3114](#)

Abg. Langner hebt zu Beginn der Diskussion hervor, dass es noch einen Modifizierungsbedarf gebe und man aus diesem Grund einen eigenen Antrag vorgelegt habe.

Abg. Dr. Nickel regt an, auch die Naturschutzverbände in die Aufzählung aufzunehmen. - Abg. Langner führt aus, dass man die Naturschutzverbände bewusst herausgelassen habe.

Abg. Herbst unterstreicht, dass es aufgrund der Kürze der Zeit bisher nicht möglich gewesen sei, Rücksprache mit seiner Fraktion über den Antrag zu halten. Mit vielen der genannten Punkte könne er sich selbst aber einverstanden erklären.

Auch Abg. Funke hebt hervor, dass sie ihre Fraktion an der Diskussion beteiligen wolle.

Der Vorsitzende weist auf die näher rückenden Fristen im Hinblick auf die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie hin.

Abg. Funke betont, dass sich ihre Fraktion schon frühzeitig mit dem Thema habe beschäftigen wollen.

Abg. Langner schlägt vor, bis zur nächsten Sitzung des Europaausschusses eine gemeinsame Positionierung zu finden und dem Landtag eine Beschlussempfehlung vorzulegen. Der Ausschuss beschließt, den Punkt erneut in seiner Sitzung am 18. April 2012 zu beraten. Den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Umdruck 17/3973](#), erklärt der Ausschuss mit Einverständnis des Antragstellers für erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Gespräch mit Vertreterinnen der Nordelbischen Kirche

Landespastorin Thobaben trägt die in Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Präsentation vor. Sodann führt Pastorin Hunzinger in ihre Arbeit ein und nennt Schwerpunkte der Anlage 2.

Zu Beginn der anschließenden Diskussion möchte Abg. Funke wissen, ob es auch Kooperationen im Nordseebereich gebe, worauf Frau Hunzinger antwortet, dass die Partnerschaft mit England sehr lebendig sei.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur Alimentation der Kirchen im baltischen Raum und zur Rolle der Frau führt Frau Thobaben aus, dass zum Beispiel die lettische Kirche komplett aus Amerika finanziert werde und sich von dort auch ein Einfluss auf die Inhalte zeige, zum Beispiel würden zurzeit keine Frauen ordiniert. Sollte die Finanzierung aus Amerika nicht mehr kommen, würden bestehende Strukturen jedoch wahrscheinlich aufhören zu existieren. Die Kirchen könnten zudem nicht die Motoren der zivilgesellschaftlichen Entwicklung sein. Die bisherigen Versuche, über Projektarbeit eine nachhaltige Entwicklung der Zivilgesellschaft zu schaffen, seien gescheitert.

Eine Frage der Abg. Pauls zu den Erwartungen der Vertreterinnen der Kirche hebt Frau Thobaben hervor, ihre Erwartung sei zu diskutieren, ob es zwischen der Kirche und dem Landtag Möglichkeiten der Zusammenarbeit geben könne. Dabei könnten auch Nichtregierungsorganisationen eine Rolle spielen. Gemeinsam an bestimmten Themen zu arbeiten, könne möglicherweise einen Effekt haben.

Zur Situation der Frauen in Polen merkt Frau Hunzinger an, dass diese schwierig sei. Dies zeige sich auch dort in der Tendenz, keine Frauen zu ordinieren. Dennoch gebe es in Polen und den baltischen Ländern sehr engagierte Theologinnen. Problematisch sei immer noch die während der Sowjetzeit erzwungene Gleichberechtigung. Häufig könnten bestehende Strukturen nur durch Mittel aus dem Ausland aufrechterhalten werden.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur Nutzung von europäischen Fördermitteln führt Frau Thobaben aus, dass man die baltischen Partner bei dem Stellen von ESF- und EFRE-Anträgen unterstütze. Man bemühe sich auch darum, die Partner in die Lage zu versetzen, selbstständig

Anträge zu stellen. Problematisch sei häufig, wenn von den betreffenden Antragstellern auch Eigenmittel gefordert seien. Diese könnten häufig nicht erbracht werden. Zudem gebe es auch immer wieder den Fall, dass Mittel nicht abgerufen würden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden führt Frau Thobaben aus, dass die Beantragungsprozedur von INTERREG-Mitteln eher abschreckend als einladend sei. Zudem spiele auch bei der Beantragung die Sprachbarriere eine Rolle. Dies führe auch zu einer Vielzahl an Missverständnissen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Drucksache 17/2358](#)

(überwiesen am 22. März 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Europaausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/2358](#), dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Drucksache 17/2359](#)

(überwiesen am 22. März 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Europaausschuss)

Der Europaausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, dem Landtag den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/2359](#), zur Ablehnung zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Für ein starkes europäisches Datenschutzrecht

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/2391](#) (selbstständig)

(überwiesen am 23. März 2012)

Abg. Dr. Nickel hebt hervor, dass es aus seiner Sicht wichtig sei, den europäischen Datenschutz zu unterstützen. Diesen Aspekt könne man nicht getrennt von der Frage der Subsidiarität diskutieren.

Abg. Fischer erläutert, dass man sich vor dem gleichen Hintergrund ebenfalls überlegt habe, einen Antrag zu stellen.

Abg. Herbst regt an, losgelöst von der Debatte um die Subsidiarität die Inhalte des Antrags sorgfältig zu erörtern, gegebenenfalls auch mit dem Datenschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein. Eine Anhörung zu diesem Antrag sei seiner Ansicht nach der richtige Weg, sich inhaltlich angemessen mit der Thematik auseinanderzusetzen. Er selbst sei jedoch der Ansicht, dass, obwohl eine Harmonisierung grundsätzlich zu begrüßen sei, eine Vollharmonisierung zu weit gehe. Eine Vollharmonisierung könne zum Beispiel dazu führen, dass sich private Nutzer von Plattformen wie Facebook nicht mehr an das Bundesverfassungsgericht wenden könnten.

Abg. Dr. Nickel regt an, in der darauffolgenden Europaausschusssitzung ein Gespräch mit Vertretern des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz zu führen.

Abg. Fischer und Abg. Funke schließen sich diesem Vorschlag an; Abg. Funke schlägt ergänzend vor, auch Vertreter des Innen- und des Justizministeriums zu hören.

Abg. Dr. Nickel regt an, den Berichterstatter im Europaparlament für die europäische Datenschutzgrundverordnung, Jan Philipp Albrecht, einzuladen. Der Ausschuss kommt überein, in seiner darauffolgenden Sitzung die entsprechenden Experten anzuhören.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

[Umdruck 17/3886](#)

Der Ausschuss nimmt den [Umdruck 17/3886](#) mit Dokumenten zur Prüfung der Wahrung der Subsidiarität zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Erhalt des Ansatzes „Kultursprache und gegenseitiges Verständnis“ im neuen INTERREG-A-Programm für die Region Sønderjylland-Schleswig nach 2013

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD
[Drucksache 17/2283](#) (neu)

(überwiesen am 23. März 2012 an den **Bildungsausschuss** und den Europaausschuss)

Abg. Wengler betont die Bedeutung der Sprache für die Region Sønderjylland-Schleswig.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss einstimmig, den Antrag der Fraktionen von SSW und SPD, [Drucksache 17/2282](#) (neu), dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

a) Europäisches Jahr zum aktiven Altern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2061](#)

b) Europäische Bürgerbeteiligung

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2062](#)

(überwiesen am 23. März 2012 an den **Europaausschuss** und an den Sozialausschuss)

Der Europaausschuss empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Sozialausschusses den Antrag der Fraktion der SPD betr. Europäisches Jahr zum aktiven Altern, [Drucksache 17/2061](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Ablehnung.

Der Europaausschuss empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Sozialausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW den Antrag der Fraktion der SPD betr. Europäische Bürgerbeteiligung, [Drucksache 17/2062](#), zur Ablehnung.

Punkt 11 der Tagesordnung:

20 Jahre Ostseerat - eine Erfolgsgeschichte für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/2275](#)

20 Jahre Ostseerat - neue Perspektiven für eine schleswig-holsteinische Ostseepolitik

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2312](#)

(überwiesen am 23. März 2012)

Nach einer kurzen Diskussion empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion der SPD betr. 20 Jahre Ostseerat - neue Perspektiven für eine schleswig-holsteinische Ostseepolitik, [Drucksache 17/2312](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Ablehnung.

Der Europaausschuss empfiehlt dem Landtag den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betr. 20 Jahre Ostseerat - eine Erfolgsgeschichte für Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/2275](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Annahme.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Fischer kritisiert, dass die europapolitischen Themen im Plenum häufig abgesetzt würden.

Abg. Funke unterstreicht, dass alle Mitglieder des Europaausschusses aufgefordert seien, mit den anderen Abgeordneten und den Fraktionsspitzen darüber zu debattieren.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer